

Stellungnahme zum Ausbau des Mobilfunknetzes im Landkreis Hildesheim, Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Die „Digitalisierung“, insbesondere aber die Vernetzung, verändert unsere Lebenswirklichkeit rasant. Während von 10 Jahren der Fokus auf mobiler telefonischer Erreichbarkeit lag und die Datenübertragung auf SMS begrenzt war, hat sich dies grundlegend verändert. Mobile Datenübertragung mit hohen Datenraten und geringen Latenzzeiten werden auch in abgelegenen Gebieten erwartet.

Den erwarteten Übertragungsbandbreiten steht eine sehr begrenzte Verfügbarkeit von nutzbaren Frequenzen im elektromagnetischen Spektrum gegenüber. Dem Ausweichen in immer höhere Frequenzen stehen kleinere Zellen gegenüber, die von einer immer größeren Anzahl von stationären Mobilfunkanlagen erschlossen werden müssen. Jede dieser Mobilfunkanlagen muss über Kabelwege zur Stromversorgung und Anschluss an das Datennetz erreichbar sein. Diese Verbindungen stellen die in ihrer Wirkung vielfach unterschätzte Komponente der Mobilfunkversorgung dar.

Leider hat der Landkreis keinen Einfluss auf den Ausbau der Mobilfunknetze, noch kann er durch eigene Angebote den Ausbau und die Versorgung verbessern. Es bleiben lediglich Appelle an die Mobilfunkunternehmen und die Bundesnetzagentur um auf Mängel im Netzausbau hinzuweisen.

Aus unserer Überzeugung, dass Ökologie und Ökonomie zu Wohle von Mensch und Natur verbunden sein müssen, fordern wir, dass

- alle Siedlungsgebiete mit geeigneter Mobilfunkversorgung auszustatten sind, die dem Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse Rechnung trägt
- die Standorte ausbaufähig hinsichtlich der erwartbaren Nachrüstungen bei Einführung neuer Mobilfunkstandards sind,
- neue Standorte für die zu erwartende Verringerung der Funkzellengröße frühzeitig ermittelt und im Einvernehmen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern festgelegt werden,
- in Waldgebieten und andere geschützte Naturräumen keine neuen Standorte von Mobilfunkversorgung errichtet werden, auch wenn dies keine oder nur eine qualitativ geringerwertige Versorgung dieser Gebiete bedeutet,
- der Ausbau der Kabelwege zu den Mobilfunkanlagen auch genutzt wird um den Ausbau der Festnetzinternetversorgung („Breitbandversorgung“) zu forcieren,
- auch wenn es keine wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse über die Ursachen von Elektrosensibilität gibt, Menschen die unter diesem Phänomen leiden, Bereiche ohne Mobilfunkversorgung erhalten bleiben,
- Bürger und Kommunen sich am Ausbau von öffentlich zugänglichen WLAN-Netzen (z.B. Freifunk) beteiligen und so einen alternativen Zugangsweg zum Internet abseits des Mobilfunks ermöglichen.

Zusätzlich fordern wir, dass der Gesetzgeber auf Bundesebene die Regeln für Inlandsroaming dahingehend verändert, dass es in schlecht versorgten Gebieten möglich wird, die vorhandenen Netze von Drittanbietern zu nutzen, wie dies derzeit nur mit ausländischen SIM-Karten möglich ist.